

Im Kampf um soziale Gerechtigkeit nicht nachlassen

Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.
und Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

Wer aufmerksam das gegenwärtige politische Geschehen verfolgt, stellt fest, dass die Problematik »Ostdeutschland« stärker ins Zentrum politischer Debatten gerückt ist, zunehmend die ostdeutschen Wähler mobilisiert – manchmal anders, als das von den Vordenkern eigentlich geplant war – und mit Sicherheit Einfluss auf das Wählerverhalten haben wird. Ostdeutsche Probleme und die Haltung der Parteien dazu werden deshalb mehr als bisher die politischen Kräfteverhältnisse im neuen Bundestag beeinflussen.

Zu diesen Problemen gehört auch, dass die regierenden Parteien zwanzig Jahre lang brennende soziale Fragen im Rentenrecht vor sich herschieben. Seit zwanzig Jahren ist das Rentenrecht für ehemalige DDR-Bürger noch immer mit Ungerechtigkeiten, Überführungslücken, Versorgungsunrecht und Rentenstrafrecht belastet, und das trifft nicht nur die jetzigen Rentner und die rentennahen Jahrgänge. Das ist um so problematischer, als die Lebensbedingungen durch wirtschaftliche und politische Verwerfungen zunehmend schwerer werden und ältere Menschen kaum eine Chance haben, aus eigener Kraft darauf regulierend zu reagieren. Es wird zunehmend Altersarmut prognostiziert. Gravierend ist auch die pauschale und willkürliche Kürzung der durch Beitragszahlung erworbenen legitimen Rentenansprüche von Bürgern, darunter auch unseren Mitgliedern nach §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG. Wir verfolgen sehr aufmerksam die Eskalation der Verteufelung der DDR und ihrer Organe durch Politiker und Medien, wie gewohnt besonders mit dem Lieblingsthema »Stasi«. Solche Attacken machen sich gut, um von der systemimmanenten Wirtschafts- und Finanzkrise abzulenken!

Es ist widerlich, zugleich täglich per Medien die Angriffe der Finanz- und Wirtschaftsbosse auf den Sozialstaat zu erfahren. Sie überbieten sich mit Vorschlägen, die Sozial- und Rentensysteme zu »reformieren« und sorgen gleichzeitig für steigende Gewinne bei der Verstaatlichung ihrer Verluste. Entlarvend in diesen Tagen: Es steigen die Börsenkurse adäquat in Relation

zu den Arbeitslosenzahlen! Die Wut und Empörung der Menschen ist groß. Die Aufgaben der Sozialverbände und sozialen Bündnisse zu einheitlichem und geschlossenem Handeln wachsen. Wir unterstützen die Initiativen von ver.di und anderen Gewerkschaften zur Angleichung der Lebens- und Einkommensverhältnisse insbesondere der Renten Ost an West sowie alle von anderen Sozialverbänden organisierten Initiativen zur Überwindung noch bestehender Rentenungerechtigkeiten.

Die Wahlkämpfe 2009 bieten verstärkt Gelegenheit, unsere Forderungen öffentlich zu erheben. Wer von den bisherigen Mitgliedern des Bundestages erneut kandidiert, möge öffentlich vor seinen Wählern sein Abstimmungsverhalten zu den 17 Anträgen der Partei DIE LINKE. im 16. Deutschen Bundestag begründen. Die Wähler mögen dann entscheiden, ob eine Zustimmung zu seiner Wahl möglich ist. Wir bitten unsere Mitglieder, die Kandidatenauftritte in den Wahlkreisen entsprechend zu nutzen.

Die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts ist wahrscheinlich nur über den juristischen Weg möglich. Darauf bleiben wir eingestellt. Die Führung von Klagen vor den Sozialgerichten ist im Gang. Unser Ziel ist es, unter Einhaltung des Rechtswegs eine höchststrichterliche Entscheidung zu erreichen, von der eine Beseitigung des Rentenstrafrechts ausgehen kann.

Der gegenwärtige Stand ist so: Nach Vorlagebeschlüssen zweier Sozialgerichte ist das Bundesverfassungsgericht erneut mit der Prüfung des § 6 Abs. 2 AAÜG befasst. Einer Aufforderung des BVerfG folgend, hatte ISOR seinen Standpunkt zur Verfassungswidrigkeit der bestehenden Regelungen bereits im März 2008 begründet und dem Gericht zugestellt. Die Entscheidung steht bislang aus. Zu § 7 AAÜG sind inzwischen eine Reihe von Verfahren vor dem Sozialgericht Berlin verhandelt und abweisend beschieden worden. Die Entscheidungsgründe wurden gewissenhaft analysiert und werden in weiteren Verfahren berücksichtigt.

Mit dem vorliegenden sozialwissenschaftlichen Gutachten zu den Einkommensverhält-

nissen im MfS sind wir in der Lage, dem BVerfG neue rechtserhebliche Tatsachen vorzulegen, wie uns das auferlegt worden war. Wir rügen die Verletzung der Art. 3 und 14 Abs. 2 Grundgesetz durch § 7 AAÜG und fordern für die Betroffenen Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze entsprechend den gezahlten Beiträgen. Wir werden wie bisher in den TIG über den Fortgang berichten und unsere im November 2009 satzungsgemäß stattfindende Vertreterversammlung zu einer Bilanz der bisherigen Resultate nutzen. Wir gehen davon aus, dass unsere Vertreterversammlung erneut die Geschlossenheit, den Willen und die feste Solidarität unserer Mitgliedschaft im Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts dokumentieren und die notwendigen Beschlüsse fassen wird.

Unsere Forderungen an Politik und Gesetzgebung bleiben auf die ersatzlose Aufhebung der §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG, die Schließung aller Überführungslücken und die Beendigung der Versorgungsbenachteiligungen gerichtet.

Die vom Vorstand organisierte Sammelpetition soll den außerparlamentarischen Druck zur Unterstützung dieser Forderungen erhöhen. Gelingt es, mehr als 50.000 Unterschriften zu erreichen, besteht die Chance, eine parlamentarische Anhörung zur Sache durchzusetzen. Die personelle, organisatorische und moralische Stärke unserer Organisation bestimmt wesentlich die Wirksamkeit unserer Arbeit. Wir appellieren an alle Betroffenen, insbesondere die rentennahen Jahrgänge, sich unserer Gemeinschaft anzuschließen. Unsere Mitglieder bitten wir, sich bei den Wahlen zu den Vorständen für die Übernahme von Funktionen bereit zu erklären – wir werden alle älter – und sich mit ihren Vorschlägen für die weitere Qualifizierung unserer Arbeit einzubringen. Fast 20 Jahre hat ISOR gemeinsam mit anderen Sozialverbänden und Vereinen für soziale Gerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht gekämpft. Für die Mehrheit der ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen, der Zivilverteidigung, der Volkspolizei, des Strafvollzugs und der Feuerwehr sowie der Zollverwaltung der DDR konnte das Rentenstrafrecht überwunden, für die ehemaligen Angehörigen des MfS bisher allerdings nur gemildert werden. Deswegen muss der Kampf in solidarischer Verbundenheit weitergeführt werden. Es ist verständlich, dass es für manchen unserer Freunde, vor allem vieler Älterer, schon viel zu lange dauert und Zweifel aufkommen. Wir sind gut beraten, uns an ein Wort von Victor Hugo zu erinnern:

»Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsameren ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance.«

Ich bin überzeugt: wenn wir weiterhin solidarisch und geschlossen handeln, werden wir immer auf der Seite der Tapferen sein.

Ernüchternde Bilanz einer Studie über Ostdeutschland

Wolfgang Stuchly, Presseprecher

Die aktuelle »Sicht der Bürger der neuen Bundesländer« auf ihr Leben in den vergangenen 20 Jahren nach dem »Fall der Berliner Mauer« war das Thema einer Pressekonferenz der Volkssolidarität – Bundesverband e.V. am 20. Juli 2009 in den Räumlichkeiten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in Berlin. Ihr Präsident, Prof. Dr. Gunnar Winkler, fasste die von der Volkssolidarität in Auftrag gegebenen Forschungsergebnisse, die in einem 72-seitigen Untersuchungsbericht des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg (SFZ) vorliegen, in einigen Hauptaussagen vor ca. 30 Medienvertretern zusammen.

Grundlage der Studie war die aktuelle – und nach Einschätzung der Autoren – repräsentative Befragung von rund 1900 ehemaligen DDR-Bürgern sowie eine umfassende Materialsammlung aus den seit 1990 vom SFZ regelmäßig erarbeiteten jährlichen »Sozialreporten« zur sozialen Lage in Ostdeutschland.

Wesentliche Aussagen der empirischen Erhebungen, die in der Studie mit zahlreichen Grafiken und Statistiken untersetzt sind – und die für alle Politiker im gegenwärtigen Bundestagswahlkampf nachdenkenswert sein sollten – waren vor allem:

➤ Wenngleich wesentliche Verbesserungen des Waren- und Dienstleistungsangebots, der Wohnverhältnisse und der Infrastruktur, der erweiterten Reisemöglichkeiten und der selbstbestimmten Lebensbedingungen mehrheitlich anerkannt werden, betrachten vier von fünf Ostdeutschen die Lebensverhältnisse in Ost und West für nicht gleichwertig. Für 53 Prozent sind die Unterschiede noch sehr groß, die ihrer Meinung nach noch größer werden und noch für viele Jahre bestehen bleiben.

➤ Viele Ostdeutsche fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, denen auch die Möglichkeit genommen wurde, durch eigenes Handeln ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Mehrheitlich werden vor allem nicht erwartete Defizite in der Einkommensentwicklung, im Gesundheitswesen, in der Arbeitsmarktpolitik und in der gleichberechtigten Altersversorgung sowie generell in der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit registriert.

➤ Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen hält Demokratie als eigenständigen Wert für unverzichtbar, sieht aber einen zunehmenden Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Sie wollen über lebenswichtige

Fragen mitentscheiden können (60 Prozent) und nicht nur alle vier – fünf Jahre wählen dürfen. Ernüchternde 0,4 Prozent glauben den Aussagen von Politikern vor den Wahlen, 38 Prozent teilweise und 59 Prozent glauben ihnen nicht.

➤ In der Studie wird u. a. ausführlich auf die Umstellungs- und Anpassungsleistungen der Ostdeutschen nach der »Wende« eingegangen, die wesentlichen Einfluss auf die gesellschaftliche Gesamtsituation im Osten hatten und haben. So haben z. B. 2,7 Millionen ehemalige DDR-Bürger nach 1990 Ostdeutschland wegen der Arbeit – darunter viele junge Frauen – gen Westen verlassen, 400.000 pendeln täglich bzw. wöchentlich wegen der existenzsichernden Arbeit zwischen Ost und West. Bereits 1999 übten 42 Prozent der Ostdeutschen – wegen der völlig veränderten gesellschaftlichen Struktur – neue Tätigkeiten, oft unterqualifizierte aus, 67 Prozent der heute 35- bis 60-Jährigen haben völlig ungewohnt eigene Erfahrungen – durchschnittlich 34 Monate – mit Arbeitslosigkeit gemacht. Große Anpassungsschwierigkeiten gab und gibt es im Sozialrecht, im Bildungswesen, im Arbeitsrecht und vor allem in der Arbeitsmarktpolitik.

➤ Erschreckend hoch wird die Ausländerfeindlichkeit im Osten eingeschätzt, obwohl da nur zwei Prozent der Bevölkerung Ausländer sind. Hier seien offensichtlich Verdrängungsängste hinsichtlich gefährdeter Arbeitsplätze und mangelnde Erfahrungen im Umgang mit Ausländern ursächlich, so die Studie.

Die Untersuchungsergebnisse verweisen auf eine unverkennbare Zunahme negativer Wirkungen auf das Stimmungsbild der Ostdeutschen nach den »Sozialreformen« ab dem Jahr 2000 und der sozialen Stagnation ab 2004. Daran können auch die kürzlich vollmundig verkündeten Analysen zum »Stand der deutschen Einheit 2009« von Minister Tiefensee und der von Arbeitsminister Scholz vorgetragene »Sozialbericht der Bundesregierung« mit ihren optimistischen Aussagen im Vorfeld der Bundestagswahlen nichts ändern.

Bemerkenswert erscheint der Schlusssatz der vorgelegten Studie: »Die endgültige Überwindung der Existenz zweier Teilgesellschaften durch Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, steht – trotz aller Erfolge und positiver Veränderung – noch aus«.

(weiterführend siehe www.isor-sozialverein.de unter »Bei anderen gelesen«)

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand beschäftigte sich mit dem Beginn der Unterschriftensammlungen in den TIG zur Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht.

Bisher sind erst 532 Unterschriften (Stand: 29.07.09) in der Geschäftsstelle von ISOR eingegangen. Leider sollen einzelne Unterschriftenlisten auch direkt an den Petitionsausschuss des Bundestages gesandt worden sein. Die Zusammenführung in der Geschäftsstelle ist jedoch Voraussetzung für eine exakte Ermittlung der Gesamtzahl der Unterschriften und die geschlossene Übergabe an den Bundestag.

Mit der Unterschriftensammlung hat jedes Mitglied von ISOR die Möglichkeit, sich konkret in den Kampf gegen das Rentenstrafrecht einzubringen. Der politische Erfolg hängt ebenso wie die erhoffte Wirkung einzig und allein von einer höchstmöglichen Anzahl von Unterschriften ab. Deshalb ruft der Vorstand die Mitglieder erneut auf, Verwandte, Freunde, Bekannte, Sympathisanten aus anderen Organisationen und Vereinen, aufgeschlossene Hausbewohner und Nachbarn u. a. m., die nicht Mitglied von ISOR sind, einzubeziehen. Die Frist bis zum 15.10.09 bietet sicherlich noch Gelegenheit, bei relativ geringem Aufwand für den Einzelnen die Zahl der Unterschriften wesentlich zu erhöhen.

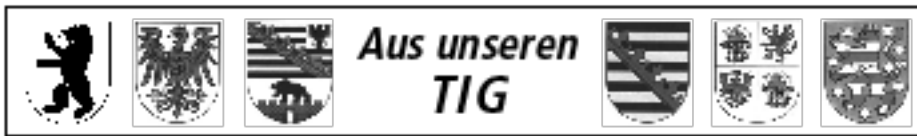
★

Weitere Themen der Vorstandssitzung waren die Vorbereitung der Vertreterversammlung im November 2009 und die erfreuliche Entwicklung bei der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung nach einer Entscheidung im Land Brandenburg.

(Vgl. Beitrag in dieser Ausgabe auf Seite 4)

★

Am 30.07.09 wurde dem Vorstand durch die beauftragten unabhängigen Gutachter das sozialwissenschaftliche Gutachten in kommentierter Fassung übergeben. Es kann damit in die ab September anstehenden weiteren Verfahren vor den Sozialgerichten eingeführt werden.



»Besser als gerührt sein,
ist sich rühren!« (Bert Brecht)

Im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 2009 hatte der Vorstand der TIG **Marzahn** am 25. Juni 2009 zu einer Veranstaltung unter dem Thema »Staatlich vereint – wirtschaftlich und sozial gespalten« Mitglieder aus den TIG Marzahn und Hellersdorf sowie aus allen anderen TIG von Berlin eingeladen.

Der Einladung folgten 150 Mitglieder. Als Redner konnte der TIG-Vorsitzende Horst Reichardt den Vorsitzenden des Ältestenrates der Partei DIE LINKE., Dr. Hans Modrow, und den stellvertretenden Vorsitzenden der ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, begrüßen. Als Gast nahm auch die Vorsitzende der Seniorenvertretung des Bezirks Marzahn/Hellersdorf Regina Saeger teil.

Horst Reichardt betonte in seiner Begrüßung die Notwendigkeit, alle Mitglieder von ISOR zur aktiven Teilnahme in Vorbereitung der Bundestagswahl aufzurufen und in unseren TIG dazu beizutragen, dass alle Kräfte gebündelt werden, um die Partei DIE LINKE. zum Erfolg zu führen.

Dr. Hans Modrow würdigte in seiner mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Rede das neue Dokument des OKV, dessen Titel zum Thema der Veranstaltung gewählt wurde. Er äußerte sich besonders zu solchen Fragen, wie

- die kritische Lage in der DDR in den Jahren 1989 und 1990,
- der Beginn des Kalten Krieges bereits seit 1946 und die Sicherung der Staatsgrenze der DDR als Trennlinie zwischen zwei sich politisch und militärisch gegenüber stehenden feindlichen Blöcken,
- die Rolle der Sowjetunion bei der Angliederung der DDR an die BRD.

Des Weiteren brachte Hans Modrow zum Ausdruck, dass sich die politische Landschaft der BRD seit dem 3. Oktober 1990 grundsätzlich verändert hat. Mit der jetzigen Partei DIE LINKE. betrat eine Partei die politische Bühne, die als einzige Bundestagspartei energisch gegen militärische Einsätze jeglicher Art, gegen Sozialabbau, gegen Rentenstrafrecht eintritt. Besondere Zustimmung erhielt er für seine Feststellung, wonach das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner selbst verschuldeten Finanz- und Wirtschaftskrise seine Unvollkommenheit offenbart hat. Das sei auch ein Beleg dafür, dass die Geschichte der Menschheit keineswegs abgeschlossen, sondern nach vorn offen ist.

Prof. Dr. Horst Bischoff bedankte sich bei Dr. Hans Modrow, dass er vor Mitgliedern von ISOR

zu wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung bezogen und seine Solidarität mit den Forderungen von ISOR bekundet hat.

Dann sprach er zum aktuellen Stand des juristischen Kampfes für die Beseitigung des Rentenstrafrechts und vermittelte den Anwesenden anhand vieler Beispiele wichtige Informationen und Hinweise zum weiteren Vorgehen.

Er unterstrich, dass zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Beendigung des nun schon 19 Jahre andauernden Rentenunrechts in Deutschland breite Bündnisse zwischen der Partei DIE LINKE., Gewerkschaften und Verbänden und Vereinen erforderlich sind. Nur der gemeinsame Kampf um ein sozialeres Deutschland könne zum Erfolg führen. ISOR wird immer an der Seite derer stehen, die sich für die Erreichung dieses Ziels einsetzen.

Die Teilnehmer der Veranstaltung wurden umfangreich informiert und verließen diese mit der Erkenntnis, sich auch weiterhin aktiv in die Vorbereitung der Bundestagswahl einzubringen.

Vorstand der TIG



Gemeinsam mit den Ortsverbänden **Rostock** der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), der Volkssolidarität, des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) sowie der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Hilfe (GRH) wurden am 16.06.2009 Schreiben an die Bundestagsabgeordneten Kleiminger (SPD), Dr. Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Rehberg (CDU) geschickt.

Ausgehend von der Ankündigung der Bundesregierung, in der laufenden Legislaturperiode noch offene Fragen aus dem Einigungsprozess, insbesondere Mängel der Rentenüberleitung, zu prüfen und einer Klärung zuzuführen, heißt es u.a.:

»...Wir sehen darin einen hoffnungsvollen und begrüßenswerten Ansatz zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West und zur Beseitigung von Diskriminierungen, Ungerechtigkeiten und Überführungslücken in der finanziellen Altersversorgung. Bei Anerkennung bisher erreichter Ergebnisse, die vor allem durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erzielt wurden, halten wir die gegenwärtige Situation nach wie vor für unbefriedigend.

...Die deutsche Einheit hat vieles gebracht, ist aber immer noch nicht vollendet. Die Bundesregierung bekennt sich auch weiterhin un-

eingeschränkt zur Überwindung der teilungsbedingten Unterschiede und insgesamt zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. ...Vielen Menschen in den neuen Bundesländern fehlt jedoch immer mehr der Glaube an das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. ...Dabei geht es den Bürgern keineswegs nur um »mehr Leistungen«, sondern zunächst um mehr soziale Gerechtigkeit und einen aktiven Sozialstaat, der niemanden im Stich lässt.

... Wir betrachten es als einen unerträglichen Zustand, Initiativen zur Korrektur von offenkundigen Verletzungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland fast nur noch dem Bundesverfassungsgericht zu überlassen. Die Gestaltung einer gerechten Sozialpolitik ist in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung. Dem Aufruf der Bundeskanzlerin zum Aufzeigen der »Defizite Deutscher Einheit« folgen wir gerne mit der gleichzeitigen Forderung nach Beseitigung der noch bestehenden Ungerechtigkeiten.

Die gleiche Bitte tragen wir auch an Sie heran, damit die Altersversorgung der Menschen aus Ihrem Wahlkreis sich so schnell als möglich an das Westniveau angleicht und weitergehende Ungerechtigkeiten bei bestimmten Personengruppen beseitigt werden. Wenn Sie sich im Parlament kraft Ihres Bundestagsmandates für die heute noch immer benachteiligten Bürger aus Ihrer Heimat einsetzen, ist das ein notwendiger Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit. Wir erwarten, dass Sie im Bundestag aktiv für die genannten Anliegen eintreten und als Rostocker sehen wir Ihrer Antwort mit Freude entgegen ...«

Die AG Öffentlichkeit wird, falls Antworten erfolgen, unsere Mitglieder über unser monatlich erscheinendes Informationsblatt ISOR EXTRA informieren.

Horst Zölllick



Gemeinsam mit dem Rotfuchs-Förderverein und der BO der Partei DIE LINKE., Dierhagen, hat die TIG **Ribnitz-Damgarten / Barth / Zingst / Fischland-Darß** am 16.7.09 in Dierhagen eine Veranstaltung durchgeführt mit dem Thema: »20 Jahre nach dem Herbst 1989, Diskussion mit Egon Krenz, dem letzten Staatschef der DDR«, der auch sein neues Buch »Gefängnisnotizen« vorstellte.

Der Versammlungsraum fasste die ca. 140 Besucher kaum, so dass einige auf dem Fußboden oder stehend im Eingangsbereich Platz nehmen mussten. Die Teilnehmer kamen aus dem großen Einzugsbereich der Veranstalter sowie u. a. aus Rostock, Hamburg, Bremen, Berlin. Ein ISOR-Mitglied und Rotfuchsleser reiste extra aus Eberswalde an und versicherte vor der Rückfahrt, dass er die Zeit und Kosten nicht bereue. Urlauber, z. B. aus Leipzig und Erfurt nutzten ih-

ren Aufenthalt um zu kommen und beteiligten sich an der Diskussion. So wie wir ihn kennen, waren die Ausführungen zu Beginn und die Antworten in der Diskussion von Egon Krenz auf hohem inhaltlichen Niveau und beeindruckend in der Art und Weise. Sie fanden einhellige Zustimmung.

U.a. interessierte besonders: Wie wurde gewährleistet, dass keine Waffengewalt gegen die Demonstranten Ende 1989 angewandt wurde? – Welche Rolle spielte die Sowjetunion, insbesondere Gorbatschow, beim Untergang der DDR? – Welche Auswirkungen hatten die Protestbewegungen in der CSSR, Polen, Ungarn, und China auf den Widerstand in der DDR? – Hatte die Führung der DDR Mängel und die Stimmung der Menschen wirklich gekannt und ernst genommen? – Was hat die DDR wirtschaftlich und für die Menschen wirklich geleistet?

Eine Diskussionsrednerin sagte, sie sei 20 Jahre in der DDR-Volksbildung tätig gewesen,

danach weitere 20 Jahre. In den letzteren sei das fortschrittliche DDR-Schulsystem zunichte gemacht worden, um am Ende sich wieder daran zu erinnern. Auffällig war, dass mehr jüngere Besucher als zu ähnlichen Veranstaltungen gekommen sind, vielleicht weil sie als Urlauber anonym blieben. Zwei davon (Leipzig bzw. Erfurt) wollten, dass das Positive benannt wird, aber keine generelle Zustimmung zur DDR. Sie hatten die DDR nur während der letzten Jahre bewusst wahrgenommen. Einer war 1989 16 Jahre.

Umso begründeter war der Tenor der Veranstaltung: Keine Verherrlichung der DDR, jedoch Entgegenwirken der unwahren, unsachlichen bis direkt lügenerischen Darstellung mit begründeten und exakten Argumenten. Das hat sicherlich dazu beigetragen, dass einige Teilnehmer mit anderen politischen Ansichten (an ihren Mienen ablesbar), sich nicht zu Wort meldeten.

Ein Aufnahmeteam des ZDF war vor Ort. (Die Einladung war im öffentlichen Aushang.)

Die Vertreter der Veranstalter, Egon Krenz und Besucher wurden befragt, u. a. Anliegen der Veranstaltung, Meinung zur Wiedervereinigung, Haltung zur Partei DIE LINKE., Name und früherer Beruf. Der Ton war konziliant/sachlich. Abzuwarten ist, ob der Bericht (wann – wo blieb offen) das auch beibehält. **Henry Otto**

Aus der Postmappe:

Immer wenn wir mit Aussagen des Ministers Tiefensee durch das Fernsehen konfrontiert werden, stellen wir fest, dass er für den Posten fehl am Platz ist. Deshalb war es gut, dass der Brief von Prof. Dr. Siegfried Mechler ISOR aktuell beigefügt wurde. Diesem stimmen wir voll zu.

Wir möchten die Gelegenheit wahrnehmen, der TIG HRO ein Dankeschön zu sagen, weil wir durch das »ISOR extra« monatlich über das Vereinsleben informiert sind.

Rudolf und Gerda Stiller, Rostock

Die AG Recht informiert:

Ein Erfolg bei Zulagen/Zuschlägen

Nach einer vorliegenden Entscheidung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg folgt das Land Brandenburg als erstes neues Bundesland dem Urteil des BSG vom 23.08.2007 dahingehend, dass weitere rentenrelevante Entgeltbestandteile (Zulagen/Zuschläge) bei der Rentenberechnung Berücksichtigung finden. Die komplette Information ist im Internet unter www.gdp.de/Brandenburg abrufbar.

Anspruchsberechtigt sind danach alle diejenigen, die dem Sonderversorgungssystem der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs der ehemaligen DDR angehörten. Diese auf das *Land Brandenburg* begrenzte Entscheidung ist ein Beweis dafür, dass es sich lohnt, seine Rechte einzufordern. Es bleibt allerdings noch abzuwarten, ob und inwieweit andere Bundesländer und die anderen Versorgungsträger (WBV, BVA, Bundesdirektion) dem zu folgen bereit sind.

Was ist zu beachten?

1. Die Umsetzung erfolgt nicht von Amtswegen, sondern nur auf einen entsprechenden Antrag gemäß § 44 Sozialgesetzbuch X (SGB X).
2. Soweit bisher den Anregungen von ISOR folgend selbst Anträge gestellt oder das Anwaltsbüro damit beauftragt wurde, bedarf es keiner weiteren Aktivitäten.
3. Falls noch kein Antrag gestellt wurde, sollte das umgehend nachgeholt werden. Das Ministerium des Innern Brandenburg empfiehlt hierfür nachstehendes Muster (siehe Mittelspalte):
4. Selbstverständlich steht auch das Anwaltsbüro zu den bekannten Konditionen weiterhin zur Verfügung.

Datum:

Name, Vorname, Anschrift

Zentraldienst der Polizei des
Landes Brandenburg
Versorgungsstelle
An der Pirschheide 11
14471 Potsdam

Antrag auf Überprüfung Ihres Entgeltbescheides vom _____
nach § 44 Sozialgesetzbuch X
Versicherungsnummer:

Sehr geehrte Damen und Herren,
nach den Erläuterungen zu Ihrem Entgeltbescheid wurde das Arbeitsentgelt aus der Besoldung für Dienstgrad, Dienststellung, Dienstalter und einigen Zulagen berechnet und bescheinigt.
Weitere Zulagen / Zuschläge, die gleichfalls im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit bei der Deutschen Volkspolizei stehen, wurden nicht bei der Berechnung des Arbeitsentgeltes berücksichtigt.
Ich bitte Sie daher unter Bezugnahme auf das Urteil des Bundessozialgerichts vom 23. August 2007 – B 4 RS 4/06 R- um Überprüfung des o. g. Entgeltbescheides.

Mit freundlichen Grüßen

5. Anspruchsberechtigte, die noch im aktiven Dienst sind und bereits einen Entgeltbescheid erhalten haben, sollten gleichfalls einen Antrag stellen.

Der Versorgungsträger überprüft die Entgelte und erteilt einen neuen Entgeltbescheid. Rentenwirksam werden die dann festgestellten Entgelte aber nur für den Zeitraum, in dem die Beitragsbemessungsgrenze nicht erreicht wurde. Die Rente wird neu berechnet. Anspruch auf eine höhere Rentenzahlung besteht rückwirkend für vier Kalenderjahre.

Diese für viele rentensteigernde Entscheidung ist Veranlassung, nochmals nachdrücklich auf die Geltendmachung der Ansprüche bei anderen Versorgungsträgern hinzuweisen und auch bei ablehnenden Bescheiden das Verfahren fortzuführen.

★

Information

Die Deutsche Rentenversicherung hat in den vergangenen Wochen begonnen, Widerspruchsbescheide in den Fällen zu erteilen, in denen sich eine Vielzahl von Rentnern mit Widersprüchen gegen die

- zum 1. Juli 2003 und 2004 ergangene Rentenanpassungsmittteilung,
- gegen die volle Tragung der Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung für Zeiten ab dem 01.04.2004 gewandt haben.

Gestützt auf die in den Bescheiden zitierten und erläuterten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts verstoßen weder die Rentenanpassungen noch die Tragung der Beiträge zur Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz. Das mag für viele enttäuschend und auch entmutigend sein, aber es ist nach unserer Auffassung hinzunehmen. □

Bei anderen gelesen:

Unter dem Titel »Widerstand gegen Diskriminierung, Lüge und Unrecht« setzt sich der Vorsitzende der GRH Hans Bauer im Leitartikel der **grh-Mitteilungen Nr. 7** mit der kaum noch zu überbietenden Verteufelung der DDR und ihrer Eliten auseinander.

Anhand von Beispielen, »die das politische Klima und die Unkultur kennzeichnen«, wird bewiesen, »wie der Kalte Krieg in Deutschland fortgesetzt wird, die Einheit Deutschlands in weite Ferne gerückt ist.«

Der Autor kommt zu dem Schluss, »sich gegen Willkür und Diskriminierung, gegen Ungerechtigkeit, soziale Abstrafung und Sozialabbau, also gegen Verletzung der Bürger- und sozialen Menschenrechte, zur Wehr zu setzen, erfordert solidarischen Beistand und offensive Aufklärung über Wahrheit und Wirklichkeit. In Realisierung der im Grundgesetz der BRD selbst gesetzten Ansprüche als demokratischer und sozialer Bundesstaat (Artikel 20) bedarf es unseres gemeinsamen vom Grundgesetz sogar legitimierten Widerstandes. Dazu ist es notwendig, Aktivitäten und Aktionen auf allen Ebenen zu verknüpfen und neue Mitstreiter für unser Bündnis linker Vereine und Organisationen zu gewinnen.«

Auf dem Buchmarkt:

Daniela Dahn

Wehe dem Sieger!

Ohne Osten kein Westen
(Rohwolt Verlag GmbH Reinbeck
bei Hamburg 2009)
ISBN 978-3-498-01329-5
Preis 18,90 €

»Der Westen hat seinen Konkurrenten verloren« sagt Daniela Dahn im Untertitel ihres ersten Kapitels, und: »Vom Verlierer nicht lernen heißt verlieren lernen«. Es fehle das Korrektiv sozialistischer Ideen. DER TAGESSPIEGEL nennt sie eine »radikale Selbstdenkerin«. Ein gutes, nachdenklich machendes Buch im allgemeinen Gekreisch der Medien im »Jubiläumsjahr«.

★

Klaus Eichner

Operation CONDOR

Eine Internationale des Terrors
(Verlag Wiljo Heinen Berlin 2009)
ISBN 978-3-939828-42-6
Preis: 12,00 €

Telef. Bestellung: 030 / 47 38 02 59
Geheimdienste und Geheimpolizeien der Militärdiktaturen des Südkegels Lateinamerikas koordinierten ihre brutalen Verfolgung und Unterdrückung demokratischer Bewegungen – Deckbezeichnung Operation CONDOR. Die Wirkungsbedingungen und Folgen sind noch immer nicht endgültig beseitigt. Inspiration und Unterstützung kam von den Geheimdiensten der USA.

★

Peter Jan Joachim Kroh

Nationalistische Macht und nationale Minderheit – (Jan Skala 1889 – 1945)

Ein Sorbe in Deutschland
(Kai Homilius Verlag Werder/Havel 2009)
Reihe Militär- und Zeitgeschichte
ISBN 978-3-89706-837-3
Preis 19,90 €

Die vor fast 200 Jahren erfolgte Teilung der Lausitzen hat im Leben der Sorben tiefe Spuren auf der Suche nach ihrer historischen Identität hinterlassen, die nicht ohne Einfluss auf das Leben der Sorben und politische Entscheidungen zu ihren Gunsten oder Ungunsten waren. Der Autor, Enkel des international beachteten Journalisten und Politikers Jan Skala, einer im sorbischen Volk sowie benachbarten slawischen Völkern – besonders Polen, Tschechen, Slowaken, Serben und Kroaten – eine legendäre Persönlichkeit, erschließt in seinem Buch diese auch heute hochaktuelle Problematik für deutsche Leser, die möglicherweise hiermit erstmals konfrontiert werden.

Buchvorstellung: 18.09.09, 19.00 Uhr in 10437 Berlin, Kopenhagener Str. 76

(Geschäftsstelle DIE LINKE. Bln.-Pankow)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.07.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.08.2009

Einstellung ins Internet: 04.09.2009

Auslieferung: 10.09.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr